



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Poschinger, Heinrich v.: Die Verwertung der Staatsarchive in Preußen und
in Frankreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Betätigung in Marokko loyale Behandlung zugesichert worden ist, wird die deutsche Diplomatie, nachdem sie so viel preisgegeben hat, hoffentlich Frankreich in dieser Hinsicht auf die Finger sehen und zur loyalen Erfüllung seiner eingegangenen Verpflichtung anhalten.



Die Verwertung der Staatsarchive in Preußen und in Frankreich

Von Heinrich v. Poschinger



Am 31. August 1867 erließ der Präsident des Staatsministeriums Graf von Bismarck seine erste Instruktion für die Beamten der Staatsarchive in den Provinzen*). Hinsichtlich der Benutzung archivalischer Dokumente zu wissenschaftlichen Zwecken bestimmte er, daß Auszüge, Notizen und Abschriften der Archivbenutzer vor jedem weiteren Gebrauche dem Archivvorstande vorgelegt werden müssen; sie werden erst dann frei verfügbares Eigentum, wenn der Archivvorstand den weiteren Gebrauch für zulässig erklärt. Diese Bestimmung atmete unzweifelhaft noch ein Gefühl der Ängstlichkeit hinsichtlich der Benutzung der Staatsarchive, die aber Bismarck im Laufe der Zeiten ganz überwunden hat.

Wie stiefmütterlich für das Archivwesen bis zum Jahre 1875 gesorgt war, erhellt aus dem Umstande, daß die Leitung der Staatsarchive dem vortragenden Rat des Kronprinzen, Geheimen Rat Dunder, als Nebenamt übertragen war, wofür dieser nur 3000 Mark als Gehalt bezog. Dieser Statsansatz stand noch im Entwurf des preußischen Staatshaushaltsetats für das Jahr 1875.

Bismarck bedauerte schon damals, daß in bezug auf die bessere Verwertung des Inhalts der Staatsarchive insbesondere für die neuere Zeit nichts Genügendes geschehen sei; denn er war der Ansicht, daß unrichtige Urteile über die Entwicklung der preußischen Politik bis auf die neueren Zeiten hin durch eine aus amtlichen Quellen geschöpfte angemessene Darstellung berichtigt werden müßten. Namentlich würden aber mit der gesamten gebildeten Bevölkerung auch die Vertreter der Politik, sowie die Leiter der Presse und die Gesamtheit der Beamten sichere Unterlagen zur Beurteilung unserer Politik in der Gegenwart gewinnen, deren Verständnis nur aus der Bekanntschaft mit den wahren Tatsachen hervorgehen könne. „Der Vorteil einer solchen Aufklärung würde sich in unseren Parlamenten bald bemerklich machen, da die Opposition in denselben

*) Abgedruckt in dem „Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung Preußens“ Jahrgang 1867 S. 327.

am häufigsten aus einer irrtümlichen Anschauung der Verhältnisse entspringt.“ Um ein Beispiel dafür zu geben, welche Aufschlüsse die Archive zu gewähren vermögen, deutete Bismarck auf zwei Aufsätze von Droysen: „Zur Geschichte der preußischen Politik in den Jahren 1830 bis 1832“ hin, wobei zu erwägen war, daß dem Verfasser dabei noch immer nicht das gesamte Material zugänglich gemacht worden war. „Es erscheint deshalb als ein dringendes Bedürfnis, daß die Urkunden und Akten der Staatsarchive gehörig geordnet und zu guten Veröffentlichungen benutzt werden; dies gilt vorzugsweise von dem erst kürzlich aus dem früheren Geheimen Staatsarchive und dem Ministerialarchive in Verbindung mit dem brandenburgischen Provinzialarchive neu gebildeten Geheimen Staatsarchive hieselbst, welches die übrigen Archive an Zahl der Dokumente und Erheblichkeit ihres Inhalts für die allgemeine preußische Geschichte weit übertrifft. Damit dasselbe seine Aufgabe zu lösen vermag, ist es erforderlich, daß an seine Spitze eine qualifizierte Person gestellt wird, welche sowohl der Technik des Archivdienstes mächtig als auch die Publikationen in einer genügenden Weise zu fördern und zu leiten befähigt ist. Zu diesem Behufe bedarf es jedoch einer Veränderung der Organisation dieser Behörde.“

Diese anderweitige Organisation bestand darin, daß in den Etat ein Gehalt von 9000 Mark für die Stelle des Direktors der Staatsarchive eingefetzt wurde.

Damit, daß diesem selbständigen Amte noch die Stelle des Direktors des Geheimen Staatsarchivs in Berlin (mit 3000 Mark Gehalt) verbunden wurde, war die Möglichkeit geschaffen, eine erste Kraft (Prof. Dr. v. Sybel) an die Spitze der preußischen Archivverwaltung zu berufen.

Diesen Maßnahmen zur ergiebigen Ausnutzung unserer Archivschätze ging ein Erlaß Bismarcks vom 9. Januar 1876 voraus. Er genehmigte darin, daß der Direktor der Königlichen Staatsarchive sowie die Vorstände der Provinzialarchive bei der Benutzung archivalischer Dokumente zu wissenschaftlichen Zwecken von einer Revision der gemachten Notizen und Exzerpte Abstand nahmen*), die durch die Verfügung vom 19. Dezember 1856 und die Instruktion vom 31. August 1867 angeordnet worden war. Damit war einer freieren Forschung die Tür geöffnet.

Nachdem Bismarck die Organisationsfrage gelöst, war es seine nächste Sorge, eine fruchtbringende Benutzung der Staatsarchive zu ermöglichen. Die preußischen Archive hatten, wie bereits angedeutet, bisher dem Staate nicht das geleistet, was sie leisten sollten; sie hatten insbesondere die historische Wissenschaft nicht in dem Grade durch bedeutende Publikationen gefördert, wie dies in Wien, Brüssel, London und vor allem in Paris geschehen war. Gerade diese der öffentlichen Beurteilung am meisten ausgesetzte Seite ihrer Aufgabe war bisher in Preußen vernachlässigt worden.

Um eine Remedur zu schaffen, forderte Bismarck den Professor v. Sybel bei Übernahme der Archivdirektion auf, das Interesse für unsere vaterländische

*) „Ministerialblatt für die innere Verwaltung.“ 1876. S. 1.

Geschichte auch in weiteren Kreisen durch Publikation wichtiger und interessanter Urkundenwerke aus unseren archivalischen Reichthümern zu wecken und dadurch einem fruchtbaren Verständnis breitere Grundlagen zu bereiten. Zu diesem Zwecke war es der Natur der Sache nach erforderlich, Gegenstände zu wählen, die den momentanen Stimmungen möglichst nahe lagen, und die geeignet waren, ein lebendiges nationales Gefühl anzuregen. Kein anderes Gebiet konnte dafür passender erscheinen, als die glorreiche Zeit der Befreiungskriege. Aber auch die sonstigen Gebiete der vaterländischen Geschichte wurden unter Professor v. Sybel so eingehend berücksichtigt, daß von den Publikationen der preußischen Staatsarchive bis Mai 1895 61 Bände erschienen.

Die größte Liberalität in Benutzung der Staatsakten bewies Fürst Bismarck, als er mir in den Jahren 1882 bis 1884 die Herausgabe seiner Frankfurter Depeschen (Preußen im Bundestag, 4 Bände) und kurze Zeit darauf Herrn v. Sybel die Publikation seines Werkes: „Die Begründung des Deutschen Reiches unter Kaiser Wilhelm dem Ersten“ ermöglichte. Man kann wohl sagen, daß die preußische Regierung in bezug auf die Verwertung ihrer archivalischen Schätze unter Sybel und seinem hervorragenden Nachfolger Rheinhold Koser an der Spitze der Kulturstaaten marschierte.

In Frankreich öffnete sich das Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bisher nur bis zum Jahre 1848. Die Autorisation zur Einsicht in die Dokumente wird von einer besonderen Kommission, der Kommission der diplomatischen Archive erteilt. Alle späteren Dokumente wurden aus diplomatischer Besorgnis heraus geheim gehalten; die Dokumente des zweiten Kaiserreichs durften also niemand mitgeteilt werden; es wurde nur eine einzige Ausnahme gemacht, als Emile Ollivier um die Erlaubnis bat, das jene Zeit umfassende Archiv für seine „Histoire de l'Empire libéral“ konsultieren zu dürfen. Der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten Hanotaux zögerte lange, bewilligte aber endlich das Gesuch, um dem Manne, der den Krieg von 1870 mit zu verantworten hatte, die Möglichkeit zu gewähren, seine geschichtliche Verteidigung auf Grund der offiziellen Dokumente aus seiner Regierungszeit niederzuschreiben*). Da Olliviers Darstellung sich aber als einseitig erwies, machte der Deputierte Joseph Reinach im Jahre 1906 den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Léon Bourgeois darauf aufmerksam, wie angezeigt es wäre, die Dokumente über den diplomatischen Ursprung des Krieges von 1870/71 vollständig zu veröffentlichen. Noch ehe Bourgeois einen Entschluß gefaßt hatte, kam der jetzige Minister des Auswärtigen Pichon an seine Stelle. Er griff den Reinachschen Gedanken mit Wärme auf und ernannte eine Kommission, die sich aus dem Geschäftsträger Deluns-Montaud, Archivabteilungsleiter, den Universitätsprofessoren Mulard und Emile Bourgeois und endlich aus Reinach zusammen-

*) Diese und die folgenden Ausführungen sind den Erklärungen des Deputierten Joseph Reinach entnommen, welche er dem Schriftsteller Carl Lahm (Paris) gemacht hat. „Illustrierte Zeitung“ Nr. 3504 vom 25. August 1910.

setzte. Nach dem Ableben von Deluns-Montaud wurde Joseph Reinach das Präsidium der Kommission übertragen; er wurde beauftragt, das große Urkundenwerk der französischen Republik: „Die diplomatischen Ursachen des Krieges von 1870/71“, herauszugeben. Der im Sommer dieses Jahres erschienene erste Band umfaßt nicht ganz zwei Monate (24. Dezember 1863 bis 21. Februar 1864) und enthält 275 diplomatische Aktenstücke. Da das Werk einen Zeitraum von sieben bis acht Jahren zu schildern hat, kann man sich von dem Umfange und der Bedeutung desselben annähernd einen Begriff machen.

Das Werk wird in bezug auf die Benutzung der Staatsarchive unzweifelhaft eine Revolution verursachen. Statt Privaten die Erlaubnis zur Herausgabe der Staatsakten zu erteilen, nimmt der auswärtige Minister die Arbeit gewissermaßen selbst in die Hand; er unternimmt die Aufgabe im größten Stil, die er bisher in bezug auf einzelne diplomatische Spezialfragen in der Form der den Parlamenten vorgelegten Blau-, Gelb- und Weißbücher gelöst hatte.

In dem Berichte des Ministers, der dem ersten Bande des großen französischen Urkundenwerkes beigelegt ist, wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch andere Regierungen nicht mehr mit der Veröffentlichung ihrer auf die diplomatische Ursache des Krieges von 1870/71 bezüglichen Dokumente zurückhalten möchten. Und der Deputierte Reinach erklärt ergänzend, daß Frankreich dabei vor allem die deutsche Regierung und das Berliner Archiv im Auge habe; besonders reizen ihn die 1870 in dem Schlosse Cerçay von einer Abteilung mecklenburgischer Jäger erbeuteten Rouher'schen Papiere, die nicht einmal Sybel einsehen durfte. Weiterhin möchte Reinach eine Veröffentlichung der gesamten, die Ursachen des Krieges 1870/71 umfassenden Korrespondenz Bismarck's mit dem Könige und seinen Vertretern im Auslande bewirken; er legt die Sache der deutschen Regierung recht warm ans Herz: „Sie haben in Deutschland eine große Zahl Denkmäler aus Erz und aus Stein dem Ruhme Bismarck's geweiht. Alle diese Monumente zusammengenommen dürften aber für seinen geschichtlichen Nachruhm nicht die Bedeutung haben, die die Gesamtveröffentlichung seiner Depeschen haben wird. Das papierne Monument will jetzt errichtet werden! Im historischen Interesse möchte ich recht bald die deutsche Regierung für die Zeit von 1863 bis 1870 tun sehen, was die französische Regierung für sie zu tun im Zuge ist.“

Ich glaube, die Erfüllung des Reinach'schen Wunsches liegt in weiter Ferne. Die deutsche Regierung wird vielmehr ruhig abwarten, ob das französische Urkundenwerk durch tendenziöse Färbung oder Vorbringung von Irrtümern zu tatsächlichen Berichtigungen herausfordert. Sind solche nötig, so können sie durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gegeben werden, oder in der Form einer Abhandlung, mit deren Abfassung ein der Regierung nahestehender Schriftsteller betraut wird.

Bei einem deutschen Urkundenwerk über die diplomatischen Ursachen des Krieges von 1870/71 kommen natürlich nicht bloß die Staatsakten Preußens und des Norddeutschen Bundes, sondern auch diejenigen der süddeutschen Staaten in Betracht. Daß von der letzteren Seite aus Veröffentlichungen in Aussicht stehen, erscheint ausgeschlossen. Die Politik dieser Staaten war 1863 bis 1870 zu schwankend und zu wenig zielbewußt; keiner der Südstaaten hat in der erwähnten Periode eine Politik gemacht, mit der man sozusagen Staat machen könnte. Eine Ausnahme machte höchstens Baden, nachdem es 1866 in der Person des Ministers Freytag einen Politiker an seine leitende Stelle erhalten hatte, der eine wahrhaft erquickende nationale Politik betrieb, und der dem gleichzeitigen französischen Gesandten in Karlsruhe, Baron von Montascon, gegenüber eine Sprache geführt hat, wie sie schon lange keinem französischen Gesandten zu Ohren gekommen war*).

Wie das französische Urkundenwerk sich mit dieser köstlichen Episode abfinden wird, das werden wir ja sehen; jedenfalls verfolgt es, mag es auch noch so objektiv geschrieben sein, in letzter Instanz eine ausgesprochene Tendenz: „Bismarck als den hinzustellen, der seit 1863 systematisch auf den Krieg hingearbeitet hat; auf der anderen Seite aber zu zeigen, daß Frankreich stets auf der Hut war und schließlich nur durch Napoleon in das Verhängnis getrieben wurde“. Deutschland hat umgekehrt das Interesse, den Krieg als einen solchen hinzustellen, den es seit 1866 diplomatisch und militärisch vorbereitet hat, nachdem es zu der Überzeugung gelangt war, daß es bei all seiner Friedensliebe (1867 bei der Luxemburgischen Frage glänzend betätigt) doch den Degen mit dem Nachbar werde kreuzen müssen. Man sieht, der Ausgangspunkt für die Publikationen ist hüben und drüben ein so verschiedener, daß die zwei verschiedenen, je einem Auge entsprechenden perspektivischen Bilder unmöglich zu einem Stereoskop vereinigt werden können.

*) Vgl. meinen Aufsatz „Der Eintritt des Großherzogtums Baden in den Norddeutschen Bund und die Luxemburger Frage“, „Grenzboten“ 1905, IV S. 59 f.

